



Wien, am 28. Oktober 2011

Stellungnahme

zur Änderungen des Kinderbetreuungsgeld- und des Familienlastenausgleichsgesetzes

Hiermit erlauben wir uns Stellung zu geplanten Änderungen des Kinderbetreuungsgeld- und des Familienlastenausgleichsgesetzes zu nehmen:

§ 2 Abs. 1 lit. c) Kinderbetreuungsgeldgesetz und § 3 Abs. 4 Familienlastenausgleichsgesetz

In § 2 Abs. 1 lit. c) Kinderbetreuungsgeldgesetz und § 3 Abs. 4 Familienlastenausgleichsgesetz sollen die bereits jetzt bestehenden ausschließenden Regelungen für subsidiär Schutzberechtigte für die Möglichkeit des Bezuges von Kinderbetreuungsgeld bzw. Familienbeihilfe nochmals erschwert werden.

Bisher war für subsidiär Schutzberechtigte dann Anspruch auf diese beiden Familienleistungen gegeben, wenn sie keine Leistungen aus der Grundversorgung erhalten haben und unselbstständig oder selbstständig erwerbstätig waren. Künftig ist geplant, dass dieser Anspruch nur dann besteht, wenn sie keinen Anspruch auf Leistungen aus der Grundversorgung oder auf dieser gleichartige Leistungen haben und unselbstständig oder selbstständig erwerbstätig sind.

Schon bisher war es nicht wirklich gerechtfertigt, dass subsidiär Schutzberechtigte unterschiedlich zu Asylberechtigten behandelt werden. Beide Gruppen sind aus ihren Ursprungsländern geflüchtet und können vorerst bzw. für längere Zeit bzw. für immer nicht „zurückkehren“. Der Gesetzgeber hat diese Unterscheidung inzwischen auf mehreren Ebenen auch aufgehoben. Im Ausländerbeschäftigungsgesetz sind beispielsweise beide Gruppen davon ausgenommen. Im Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz wurden Möglichkeiten des Umstiegs auf eine Daueraufenthaltsberechtigung geschaffen.

Die Koppelung des Kinderbetreuungsgeld- und Familienbeihilfenanspruches an eine tatsächliche Beschäftigung bedeutet, dass subsidiär Schutzberechtigten jede Aufstiegsmöglichkeit außerhalb einer regulären Beschäftigung genommen wird. D. h. arbeitsmarktpolitische Förderprogramme des Arbeitsmarktservice, Integrationsprogramme der Länder, des Integrationsstaatssekretariats und der Europäischen Fonds können für diese – zahlenmäßig kleine - Personengruppe nicht ihre Wirkung zeigen.

Notwendige Schritte zur Auf- und Weiterqualifizierung, inklusive der Ausweitung der deutschen Sprachkenntnisse können nicht genutzt werden.

Die Folgen, die dadurch entstehen, dass unter allen Umständen eine Beschäftigung ausgeübt werden muss, können längerfristig leider noch nicht abgeschätzt werden. Erfahrungen aus anderen Bereichen zeigen, dass die fehlende Möglichkeit der

Aufwärtsmobilität am Arbeitsmarkt in späterer Folge durchaus zu höherer und längerfristiger Arbeitslosigkeit, Armut und somit Belastung des sozialen Systems führen.

Aus allen genannten Gründen ersuchen wir daher, nicht nur von der Verschärfung der bisherigen Regelungen abzusehen, sondern vielmehr subsidiär Schutzberechtigte mit Asylberechtigten gleichzustellen.

§ 4 Abs.2 Kinderbetreuungsgeldgesetz

Gleichzeitig ersuchen wir um Überprüfung und Änderung des § 4 Abs.2 Kinderbetreuungsgeldgesetz, der regelt, dass das Kinderbetreuungsgeld rückwirkend nur bis zum Höchstausmaß von sechs Monaten ausbezahlt wird. Gerade bei MigrantInnen (insbesondere AusländerInnen) kann es oft länger dauern, bis alle Dokumente für das neu geborene Kind ausgestellt wurden (Eintragung im Geburtenregister im Land der Eltern, Ausstellung von Personaldokumenten, Beantragung eines österreichischen Aufenthaltstitels, etc.). Eine längere Frist wäre hier – eigentlich für alle davon Betroffenen, unabhängig der Herkunft der Eltern – wünschenswert.

Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Anregungen und Anmerkungen.

Kontakt:
Norbert Bichl
n.bichl@migrant.at